

Schwerpunktt Themen für DGUV pluspunkt 2012

- Kooperation in Lehrerkollegien**
(2/2012; Redaktionsschluss: Januar 2012)
- Verhaltensauffällige Schüler**
(3/2012; Redaktionsschluss: April 2012)
- Konzept der Schulentwicklung**
(4/2012; Redaktionsschluss: Juli 2012)

Thematische Beiträge sowie Fragen, Tipps und Meinungen richten Sie bitte an: *pluspunkt*-Redaktion, 65175 Wiesbaden, oder per E-Mail an: redaktion.pp@universum.de
Internet: www.dguv-pluspunkt.de
www.dguv.de/lug

ULRIKE FISTER
ist stellv. Leiterin des Fachbereichs
Bildungseinrichtungen der Deutschen
Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV)
und Mitglied des Redaktionsbeirats
DGUV *pluspunkt*.



Zur Sache

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

alle Menschen in ihren Besonderheiten zu erkennen, einzubeziehen und an der Gesellschaft teilhaben zu lassen ist das Ziel von Inklusion. Das ist mehr als ein Etikettenwechsel von Integration.

Auf Schule bezogen bedeutet es, dass allen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen das Recht auf eine gemeinsame Bildung zugesprochen wird, dass sie gemeinschaftlich lernen, in ihrer Individualität gefördert und nicht vom Bildungssystem ausgeschlossen werden.

Die *pluspunkt*-Redaktion hat sich dieses anspruchsvollen Themas angenommen. Die einzelnen Beiträge dokumentieren unterschiedliche Sichtweisen.

Auch wir im Redaktionsbeirat haben viel über Inklusion diskutiert. Ist Inklusion in der Schule umsetzbar? Wie muss sich Schule verändern, um dem Anspruch gerecht zu werden? Wie lange wird dieser Prozess dauern? Oder ist das alles nur eine schöne Utopie? Aus unserer Sicht stehen wir im Inklusionsprozess noch ganz am Anfang eines langen Weges. Doch eine chinesische Weisheit besagt: „Auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt“. Diesen Schritt müssen wir alle tun! Wie denken Sie darüber? Schreiben Sie uns.

Ulrike Fister

Inhalt 1/2012

Auf dem Weg zur Inklusion

- 3 Abgrenzung zwischen Integration – Inklusion:
So normal wie möglich – so besonders wie nötig
- 4 Fördern statt selektieren:
Eine Schule für alle
- 8 Interview mit Vertretern des Paritätischen
Wohlfahrtsverbandes :
Ein Umdenken ist nötig

10 MELDUNGEN / MEDIEN

- 12 Bei der Herman-Nohl-Schule in Berlin steht
gemeinsames Lernen im Mittelpunkt:
Alles unter einem Dach

RECHT

- 15 **Schulbushelfer versichert**
- 16 Ein Umbauprojekt der Deutschen Gesetzlichen
Unfallversicherung:
Ergonomische Klassenzimmer
- 18 Bewegung in der Schule:
Erlebniswelt Pausenhof

DARAN DENKEN!

- 20 **Individuelle Förderung**
- 19 Impressum

Titelfoto: grafikdesign-weber.de

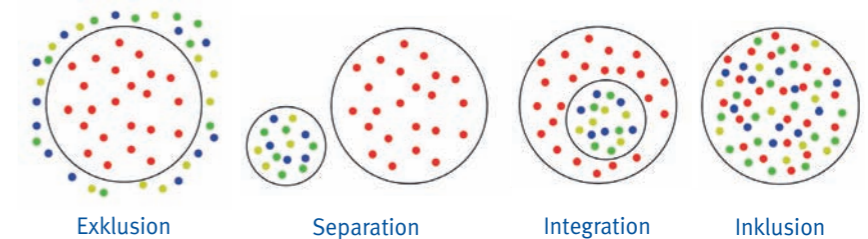
Abonentenservice

Adressänderungen bitte unter Angabe Ihrer Kunden- oder Mitgliedsnummer an vertrieb@universum.de, telefonisch unter 0611 9030-501 oder per Fax an 0611 9030-281. Wenn Sie das Magazin über Ihren Unfallversicherungsträger beziehen, wenden Sie sich bitte direkt an diesen.

So normal wie möglich – so besonders wie nötig

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung formuliert das Recht, dass Kinder und Jugendliche nicht aufgrund ihrer Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen. Auch das SGB IX „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“ beschreibt Menschen mit Behinderung nicht mehr als „Objekte“ von Hilfe und Förderung, sondern als Träger von Rechten.

Die Begegnung mit einem Kind mit Behinderung kann auch erfahrene Fachkräfte verunsichern. Werden sie mit der Dimension Behinderung konfrontiert, vergessen sie oft, dass was für alle Kinder gut ist, auch für diese Kinder gut ist. Die Anforderung, möglichst viel „Förderung“ oder „Therapie“ möge die Situation verbessern, setzt Pädagogen und Eltern unter Druck. Es ist schwer, das Kind zu sehen und nicht nur die Behinderung. Aber Kinder sind aktive Gestalter ihrer Bildung – alle Kinder. Deshalb müssen Zahlen nachdenklich stimmen, die derzeit noch das gängige Verständnis von Schule charakterisieren: Nur 20 Prozent aller Schülerinnen



und Schüler mit Förderbedarf besuchen eine allgemeinbildende Schule. In Hessen gibt es zum Beispiel neun verschiedene Arten von Förderschulen. Unser Problem auf dem Weg zur Inklusion scheint hier nicht im Fehlen von Hilfen zu bestehen, sondern in sich selbst erhaltenden, „besonderen“ Bildungsangeboten.

Was bleibt zu tun?

Nehmen wir Inklusion ernst, so verbietet sich die Aussonderung von Kindern aus dem allgemeinen Bildungssystem. In Folge erkennen wir auch die Verschiedenheit aller anderen Kinder an, ob Jungen und Mädchen, Hochbegabte, Kinder mit Migrationshintergrund oder aus verschiedenen Milieus. Die Gemeinschaft aller Kinder wäre der Normalfall. Integration ist nur notwendig, solange Aussonderung und getrenntes Denken der Normalfall sind. Aber: Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Inklusiv Prozesse können überall eingeleitet werden, in allen Bildungsinstitutionen. Entscheidend sind die Haltungen und Werte der beteiligten Fachkräfte. Die Gesellschaft sollte dabei darauf achten, den Begriff der Inklusion mit dem Sinn zu versehen, der damit verbunden ist: dem Menschenrecht auf bedingungslose Teilhabe.

AUTORIN

Ursel Heinze bietet freiberuflich Fortbildungen im Feld der Frühen Bildung an. E-Mail: urselheinze@gmx.de

Die Begriffe **Integration** und **Inklusion** unterscheiden sich in wesentlichen Positionen von einander.

Integration

... unterscheidet zwischen Kindern mit Behinderung und Kindern ohne Behinderung.
... braucht Fachkräfte mit sonderpädagogischen und heilpädagogischen Spezialkenntnissen, die Kinder fördern und behandeln.
... stellt besondere Ressourcen für Kinder mit Behinderung bereit.
... betrachtet Kinder mit Behinderung als Objekte von Hilfen und Förderung.

Inklusion

... geht von den Besonderheiten und individuellen Bedürfnissen jedes Kindes aus.
... braucht multiprofessionelle Teams, die im gemeinsamen Dialog ihre jeweiligen fachlichen Perspektiven austauschen.
... stellt Ressourcen für die gesamte Institution bereit.
... betrachtet alle Kinder als Akteure ihrer Entwicklung und Träger von Rechten.

Eine Schule für alle

Inklusion erfordert ein Umdenken in der Gesellschaft. Auf dem Weg zum inklusiven Bildungssystem sind konkrete Unterstützungsmaßnahmen seitens Bildungspolitik, Schulbehörden, Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Lehrkräften gefragt. Eine Herausforderung, die nur gemeinsam gemeistert werden kann.

Die UN-Konvention formuliert das Recht, dass Menschen mit Behinderungen nicht vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen. Der inklusive Gedanke umfasst den Anspruch, alle Menschen mit ihren Besonderheiten zu erkennen, einzubeziehen und sie in ihren Bedürfnissen zu fördern. Deutschland hat sich verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten und ab sofort schrittweise umzusetzen. Die größte Herausforderung aber scheint zu sein, den bestehenden Selektionsgedanken in einen förderorientierten umzuformen.

Fördern statt selektieren

PISA und Folgestudien zeigen, dass in gegliederten Schulsystemen die Bildungschancen maßgeblich von der sozialen Herkunft abhängen. Trotz Integration gelingt in gegliederten Schulsystemen die individuelle Förderung weniger gut und die Anzahl der Risikoschülerinnen und -schüler ist höher als in Gesamtschulsystemen. Persönliche Chancen werden verkannt und Potenziale vergeudet. Teile der Bevölkerung werden aufgrund ihrer Bildungsarmut von Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Gleichzeitig wird allen Kindern die Vielfalt der Gesellschaft in einem gegliederten Schulsystem vorenthalten. Sie lernen nicht, respektvoll und konstruktiv mit den anderen Menschen umzugehen. Gerade deshalb gelten unsere Schulsysteme als leistungsfeindlich und sozial ungerecht. Denn solange Lehrerinnen und Lehrer gezwungen sind, Kinder zu sortieren, Klassen sehr groß sind und Schulen wenig selbstständig arbeiten dürfen, solange werden viele Lehrkräfte durch die

„Brille“ der Aussonderung schauen und kaum den Willen aufbringen, für jedes Kind Verantwortung zu übernehmen, um keines zurückzulassen. Wer dies ändern will, muss Schule von Grund auf neu, nämlich inklusiv, denken und strukturell neu ordnen. Mit einem bloßen Etikettenwechsel ist es nicht getan.

Barrieren beseitigen

Inklusive Schulen geben allen Kindern – auch Kindern mit Behinderungen – das gleiche Recht auf Autonomie und Partizipation. Der Autor Hans Wocken schreibt, dass das Prädikat Inklusion nicht als legitim beansprucht werden kann, wenn behinderte Kinder den formellen Status von „Integrationskindern“ oder „Gutachtenkindern“ haben, wenn sie möglicherweise nur „Gäste“ sind, die schulrechtlich weiterhin den Sonderschulen zugeordnet sind, wenn die Würde ihres Soseins nicht respektiert wird, wenn nicht alle Barrieren für Selbstbestimmung und Teilhabe beseitigt werden. In Anlehnung an die Regelungen in Finnland und in dem Bundesland Schleswig-Holstein benötigen inklusive Schulen einen einheitlichen Lehrplan für alle Schülerinnen und Schüler mit dem Auftrag zur Individualisierung und inneren Differenzierung. Individuelle Förderpläne werden so realisiert, dass der einheitliche Lehrplan und die individuellen Entwicklungsbedürfnisse der Kinder mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf harmonisieren. So formuliert es das Zentrum für Schulentwicklung in Graz.

Kategorien aufheben

Inklusion will von einer defizit- zu einer kompetenzorientierten Sichtweise gelan-

gen und die „Zwei-Gruppen-Theorie“ aufheben. Damit ein neues Verständnis von Normalität, die „Transnormalität“ erreicht werden kann, wären alle Etikettierungen und Kategorisierungen aufzuheben. Einteilungen nach Behinderungsarten dürften nicht mehr sein. Aber kann das funktionieren? Wie sollen denn dann die Ressourcen gerecht verteilt werden? Und werden mit den Begriffen nicht auch die dahinter stehenden Bedarfe abgeschafft? Oder: Wird durch politische Korrektheit in den Begrifflichkeiten auch schon real Chancengerechtigkeit hergestellt? Dem Finden und Ausgestalten der eigenen Identität stehen beim Einzelnen zum einen individuell bedingte Exklusionsrisiken gegenüber. Hierzu gehören zum

Beispiel eine autistische Wahrnehmung oder eine organisch bedingte Bewegungseinschränkung. Zum anderen gibt es auch nicht individuell bedingte Exklusionsrisiken wie ungleiche Zugangsmöglichkeiten zu Bildung aufgrund des sozialen Status, des Etiketts „sonderpädagogischer Förderbedarf“, des Geschlechts, der Rasse oder der kulturellen Herkunft. Mit der Umetikettierung oder dem völligen Verzicht auf Etikettierungen alleine wird kaum „ent-hindert“ werden können. Nicht selten werden ja heute die zentralen Leitbegriffe wie Integration, Inklusion, Selbstbestimmung, Teilhabe, Assistenz und Barrierefreiheit bloß dafür verwendet, eigentlich trennende Zielsetzungen zu beschönigen. ▶



Jeder Mensch ist so individuell wie sein Fingerabdruck.

Sehr wohl macht es Sinn, die verwendeten Begriffe genau zu hinterfragen und sehr bewusst einzusetzen, denn Sprache spiegelt und konstruiert Realitäten. So ist es nicht egal, ob bei der Übersetzung von „special needs“ von „besonderen Bedürfnissen“ oder „besonderen Bedarfen“ gesprochen wird, auch wenn dies noch sehr ungewohnt klingt. Menschen mit Beeinträchtigung haben nämlich genau die gleichen Bedürfnisse nach Liebe, Geborgenheit, Anerkennung, Autonomie, Nahrung, Wohnung ... wie Menschen ohne Beeinträchtigung; aber sie haben andere Bedarfe an Unterstützung, um diese Bedürfnisse zu befriedigen. Es ist auch nicht egal, wie Menschen mit Beeinträchtigungen bezeichnet werden. Während zum Beispiel der Begriff „kör-

Wenn der Wind der Erneuerung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.

(chinesisches Sprichwort)

perbehinderter Mensch“ die Behinderung als Eigenschaft der jeweils individuellen Person zuschreibt und damit nicht dem sozial bedingten Behinderungskonzept entspricht, nehmen die Begriffe „körperlich beeinträchtigt“ beziehungsweise „motorisch beeinträchtigt“ sowie „mobilitätsbehindert“ auf die WHO-Definition sehr wohl Rücksicht.

Neuverortung der Sonderpädagogik

Neben der Sprache sind vor allem die realen Bedingungen darauf kritisch zu hinterfragen, inwiefern sie Exklusionsrisiken darstellen und inwiefern diese vermindert werden können. Dementsprechend macht es auch Sinn, zwar alle Förderschulen für Lernen, Verhalten und Sprache so schnell wie nur möglich abzuschaffen, sehr wohl aber sonderpädagogische Kompetenzzentren für Menschen mit schweren Sinnes- und Körperbeeinträchtigungen erst einmal bestehen zu lassen. Deren Aufgaben sind aber Schritt für Schritt vor allem auf mobile Beratung, Forschung und Entwicklung umzustellen.

Generalisten statt Spezialisten?

Inklusion wird nicht selten als eine Vision gedacht – als „... Traum von einer inklusiven Bildungslandschaft, in der es weder Gymnasien noch Sonderschulen noch Privatschulen gibt. Es ist der Traum von einem inklusiven Leben, das alle Altersstufen und alle Lebensbereiche vom Kindergarten über die Schule bis hin zu Beruf und Freizeit umfasst. Und es ist der Traum von einer inklusiven Gesellschaft, die keine marginalisierten Gruppen, keine Diskriminierungen durch ‚gender‘, ‚race‘, ‚class‘, ‚ability‘ und anderes mehr kennt“, wie es Hans Wocken beschreibt. Um diese Vision nicht zur Illusion werden zu lassen, bedarf es

realpolitischer Zugeständnisse im Hier und Jetzt, klarer Benennung von Benachteiligungen und Barrieren und eines gesellschaftspolitischen Einsatzes für und mit den benachteiligten Menschen für deren gleichberechtigte Teilhabe und eine möglichst hohe Selbstbestimmung aller Menschen innerhalb einer friedvollen Gemeinschaft.

Da nicht jede und jeder alles können kann, ist eine Spezialisierung notwendig. So ist es auch unter dem Namen der Inklusion sinnvoll, dass manche Pädagoginnen und Pädagogen die Schülerschaft beim Aufbau von kognitiven, sensorischen, sprachlichen oder motorischen Fähigkeiten fördern. Andere spezialisieren sich in einem Wissenschaftsbereich und wieder andere setzen sich speziell mit Fragen einer geschlechtersensiblen Schule oder des mehrsprachigen Lernens auseinander. Dabei verstärkt nach dem Gemeinsamen zu suchen, sowohl in Lehre als auch Forschung, ist oberstes Gebot.

Gesellschaftlicher Konsens

Die Verankerung von Inklusion als bildungspolitische Leitidee wird nicht ohne Widerstand vor sich gehen. Hilfreich wäre es deshalb unter anderem, einen breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen, den Diskurs zu versachlichen, verstärkt Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen in allgemein bildenden Schulen einzusetzen sowie anfangs die Freiwilligkeit bei Teambildungen zu fördern. Hierzu gehören beispielsweise auch das Ernstnehmen der vorhandenen Bedenken und das Anbieten von Lösungen für die momentan aktuellen Probleme, ein vermehrtes Angebot notwendiger Zusatzqualifikationen, die Verankerung der Inklusion auch im Bereich der vorschulischen Erziehung und das Angebot von Unterstützungssystemen für den Systemwandel.

Wichtig ist, dass auf dem Weg zur inklusiven Schule nicht die Kompetenzen der Sonderpädagogik verloren gehen oder weggespart werden. Allerdings muss die Sonderpädagogik bereit sein, sich auf Inklusion einzulassen und dementsprechend neu auszurichten.

Strukturelle Unterstützung

Mit der Entwicklung pädagogischer Konzepte im Sinne einer inneren Schulreform muss auch die Lösung folgender Strukturfragen einhergehen:

- Schaffung der Möglichkeit zu flexiblem, systembezogenen Einsatz ausreichender **Ressourcen** anstelle individueller Zuteilungen
- **Umbau von Sonderpädagogischen Zentren** zu Aufbau von Pädagogischen Zentren, welche die Schulen systemisch bei der optimalen Förderung aller Schülerinnen und Schüler mittels Individualisierung und Differenzierung unterstützen und die sonderpädagogischen Ressourcen flexibel und möglichst schulbezogen verteilen,
- **Abbau selektiver Maßnahmen** wie Schularten- und jahrgangsbezogene Lehrpläne, Beurteilung mittels Ziffernoten (zumindest in den ersten sechs Pflichtschuljahren), Sitzenbleiben, unterschiedliche Schularten in der Sekundarstufe I, Leistungsgruppen, kindbezogene Etikettierungen Ausbau von Ganztageschulen und Mehrstufenklassen,
- **Auflösung von Sonderschulen** innerhalb eines vorgegebenen, längeren Zeitraums bei gleichzeitiger Unterstützung aller Pflichtschulen, sich zu „Schulen für alle“ zu entwickeln (mittels interner, selbstevaluativer Qualitätsentwicklungsmaßnahmen wie z. B. dem Index für Inklusion),
- **Erstellung eines Dienstrechtes**, das eventuelle Benachteiligungen der Sonderschullehrerinnen und -schullehrer kompensiert,
- Schaffung von Zeit, Raum und Strukturen für **erhöhte Kooperation und Partizipation von Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern**,
- Verankerung einer wissenschaftlich begleiteten **Unterstützungsstruktur**,



Foto: grafikdesign-weber.de
Ziel von Inklusion ist es, alle Menschen in ihren Besonderheiten zu erkennen und sie einzubeziehen.

- um die Wissensgrundlagen zu verbessern, die erforderlich sind für gemeinsames Unterrichten und Initiieren,
- **Koordinierung und Evaluierung von Entwicklungsprojekten**
- ein gemeinsamer Kern zum Erwerb der notwendigen Kompetenzen für eine **inklusive Pädagogik in allen Lehramtsstudien**.

Methodisch-didaktische Unterstützung

Nur wenn sich die Schulen der Vielfalt all ihrer Schülerinnen und Schüler öffnen und sich auch didaktisch-methodisch verändern, kann individualisiertes Lernen in der Gemeinschaft mit allen ermöglicht werden. Die Europäische Agentur für Entwicklung in der sonderpädagogischen Förderung in Brüssel hat sieben Faktoren aufgelistet, die entscheidend für einen effektiven inklusiven Unterricht sind:

- **kooperativer Unterricht** („Teamteaching“),
- **kooperatives Lernen** („Peer Tutoring“),
- **kooperative Problembewältigung** (systemischer Ansatz, klare Regeln),
- **heterogene Gruppen** (binnendifferenzierte Unterrichtsgestaltung),
- **wirksamer Unterricht** (verbesserte Schulleistungen durch systematische Beobachtung, Planung und Evaluierung mit Hilfe individueller Förderpläne),

- **Stammklassen** (der gesamte Unterricht von zwei oder drei Klassen eines Jahrganges findet in eng beieinander liegenden Klassenräumen mit gemeinsamem Bereich statt; ein kleines, überschaubares Lehrerteam ist für den gesamten Jahrgang zuständig),
- **alternative Lernmethoden** (den Schülerinnen und Schülern wird mehr Verantwortung für ihr Lernen übertragen, Lern- und Problemlösungsstrategien werden gezielt vermittelt).

Die originale und wesentlich ausführlichere Fassung gibt es unter www.dguv-pluspunkt.de.

LITERATUR

Helga Deppe-Wolfinger: **Von der Ausgrenzung zur Inklusion – Wer oder was ist normal im Bildungswesen?** (<http://bidok.uibk.ac.at/library/deppe-wolfinger-ausgrenzung.html> Stand 2008-04-30)

C.J.W. Meijer: **Integrative und inklusive Unterrichtspraxis im Sekundarschulbereich. Zusammenfassender Bericht.** (Brüssel: Europäische Agentur für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung 2005, www.european-agency.org)

Hans Wocken: **Inklusion & Integration. Ein Versuch, die Integration vor der Abwertung und die Inklusion vor Träumereien zu bewahren.** (Manuskript seines Beitrages bei der Integrationsforscher/innen-Tagung in Frankfurt/Main; Download unter www.hans-wocken.de/aktuell.htm Stand 2009-07-22)

W. Specht, L. Gross-Pirchegger, A. Seel, E. Stanzel-Tischler und D. Wohlhart: **Qualität in der Sonderpädagogik. Ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt. Forschungsansatz, Ergebnisse, Schlussfolgerungen.** ZSE-Report Nummer 70. (Graz: Zentrum für Schulentwicklung 2006)

Sabine Lingenauber: **Normalismusforschung: Über die Herstellung einer neuen Normalität im integrationspädagogischen Diskurs.** In: G. Feuser (Hrsg.), *Integration heute – Perspektiven ihrer Weiterentwicklung in Theorie und Praxis.* Band 1 der Reihe „Behindertenpädagogik und Integration“ (63 – 74; Verlag Peter Lang, Hamburg 2003)

AUTOR



Prof. Dr. Ewald Feyerer ist Leiter des Instituts für Inklusive Pädagogik an der Pädagogischen Akademie des Bundes in Linz und Koordinator verschiedener internationaler Projekte.

Ein Umdenken ist nötig

Der Paritätische Gesamtverband befürwortet die UN-Konvention, die allen Kindern und Jugendlichen mit oder ohne Behinderung das Recht auf gemeinsame schulische Bildung zuspricht. Über den Prozess hin zu einer inklusiven Gesellschaft sprach DGUV pluspunkt mit Claudia Zinke und Thomas Pudelko vom Paritätischen Wohlfahrtsverband.



Claudia Zinke ist Referentin für Gesundheitshilfe beim Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Dr. Thomas Pudelko ist Referent für Jugendsozialarbeit und Schule beim Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Welche Diskussionen werden in Bezug auf Inklusion momentan bei Ihnen im Verband geführt?

Zinke: In unserem Verband wird zurzeit intensiv diskutiert, was Inklusion für die einzelnen Fachbereiche bedeutet und wie sich künftig die Arbeit im Verband und in den Mitgliedsorganisationen gestalten kann. Vor allem machen wir uns Gedanken darüber, wie Inklusion in der Praxis umgesetzt wird und wie Schule als Sozialraum mit Blick auf die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung funktionieren kann. Hierzu haben wir auch zwei Positionspapiere veröffentlicht. Darüber hinaus haben wir eine Stellungnahme zum Nationalen Aktionsplan und eine Einschätzung zum ersten Staatenbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales abgegeben.

Heißt das, dass alle Verbandsmitglieder der gleichen Meinung sind, oder gibt es auch abweichende Auffassungen?

Zinke: Bei der Diskussion über die Möglichkeiten der Umsetzung gibt es

natürlich auch unterschiedliche Vorstellungen. Dabei spielen Ängste vor Veränderung eine wichtige Rolle – Ängste insbesondere davor, dass die bisherigen speziellen und guten Fördermöglichkeiten an besonderen Schulen nicht an den allgemeinen Schulen umgesetzt werden könnten. Hinzu kommen Befürchtungen, die sich festmachen an der unzureichenden und nicht auf eine heterogene Schulsituation ausgerichteten Ausbildung der Regelschulpädagogen.

Was konkret kann schon in der Lehreraus- und Fortbildung getan werden, um die Lehrerinnen und Lehrer auf den inklusiven Schulbetrieb vorzubereiten?

Pudelko: Inklusion erfordert ein Umdenken aller Menschen. So auch in den Bildungseinrichtungen und in besonderer Weise in allen pädagogischen Ausbildungs- und Studiengängen. Interdisziplinäres Arbeiten muss bereits im Studium vermittelt werden, um angehende Lehrerinnen und Lehrer auf ihre Arbeit vorzubereiten. Hier sind auch die Kultusministerien gefragt, handlungsleitende Vorgaben aufzustellen. Neben der Leitidee der Inklusion muss förderpädagogisches Fachwissen in alle Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zügig aufgenommen werden.

Wie unterstützen Sie die Schulen? Gibt es schon Formen der Zusammenarbeit?

Pudelko: Unsere Landesverbände stehen den Schulträgern beratend zur Seite, insbesondere wenn es darum geht, die bisherigen Schulkonzepte im Sinne einer

inklusive Bildung weiterzuentwickeln, zum Beispiel kleinere Klassen oder die Akquise von Investitionen für eine barrierefreie Umgestaltung zu betreiben wie beim Umbau der Räume. Zur Umsetzung eines inklusiven Schulalltags gehört auch die Ausstattung mit didaktischem Material, das eine binnendifferenzierte Unterrichtsgestaltung erleichtert. Gerade hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf.

Was bedeutet das für die Lehrkräfte?

Pudelko: Für die pädagogische Praxis in der Schule bedeutet Inklusion einen grundlegend anderen Umgang mit der Verschiedenheit von Menschen. Verschiedenheiten sind nicht nur durch Behinderungen gegeben, sondern auch durch eine Vielfalt unterschiedlicher Kompetenzen und Lernniveaus.

In Ihrem Positionspapier sprechen Sie von Übergangsmodellen. Wie könnte ein solches ausschauen?

Zinke: Wir können uns vorstellen, dass sich bisherige Förderschulen öffnen und ihre Konzepte dahingehend ändern, dass sie auch Kinder und Jugendliche ohne Behinderung aufnehmen. Ein solcher Prozess war in der Vergangenheit bereits in Kindertagesstätten erfolgreich. Sie könnten sich aber auch als Kompetenzzentren spezialisieren und ihr Know-how den allgemeinbildenden Schulen und den Eltern zur Verfügung stellen, um sie zu beraten und zu unterstützen. Das erfordert neben den allgemeinen Bildungsangeboten auch bildungsstützende und

„Es muss mehr Geld in die Schulen fließen.“



Foto: grafikdesign-weber.de

Unterschiedliche Kompetenzen und Lernniveaus: Auch beim Musikmachen sind alle dabei.

individuell ausgerichtete Angebote, beispielsweise in solchen spezialisierten Kompetenzzentren. Diese sollten aber unabhängig von Sonder-, Förder- oder allgemeinbildenden Schulen in Form von eigenständigen Beratungsstellen agieren.

Wo sehen Sie hierbei Probleme?

Pudelko: Eine entscheidende Rolle spielt das Geld. In der Debatte geht es häufig darum, Kosten einzusparen. Das ist nicht akzeptabel. Es muss mehr Geld in die Schulen fließen. Erst wenn die Voraussetzungen stimmen, kann inklusive Bildung umgesetzt werden. Ansonsten werden vorhandene Ängste sowohl bei den Eltern als auch bei den Lehrkräften geschürt, mit der Folge, dass diese sich wieder für eine Separierung aussprechen würden. Gerade deshalb müssen auch Eltern frühzeitig in die Prozesse auf dem Weg zur inklusiven Schule eingebunden und informiert werden.

Welche Maßnahmen wollen Sie in punkto Inklusion als nächstes konkret angehen?

Zinke: Ein ganz wichtiger Punkt für uns ist Öffentlichkeitsarbeit. Zunächst wol-

len wir das Thema ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen und immer wieder über das Thema Inklusion aufklären, um so langfristig die Sichtweisen der Menschen zu beeinflussen. Dabei soll es nicht nur bei „Appellen“ bleiben. Für den Paritätischen Gesamtverband bedeutet dies, dass wir Maßnahmen initiieren, um Ängste und Vorbehalte

abzubauen. Dazu gehören Informationsveranstaltungen, aber auch die intern zu führende fachbereichsübergreifende Auseinandersetzung.

Das Gespräch führte „DGUV pluspunkt“-Redakteurin Diane Zachen.

Weitere Informationen:

www.der-paritaetische.de > Fachinformationen > Gesundheit & Behinderung:

- UN-Behindertenrechtskonvention
 - Nationaler Aktionsplan (11. Oktober 2011)
 - UN-Behindertenrechtskonvention (11. Oktober 2011)
 - UN-Behindertenrechtskonvention – Staatenbericht (12. August 2011)
 - Inklusive Bildung (3. Mai 2011)
- Stellungnahme: Positionspapier zur inklusiven schulischen Bildung (20. März 2011)

www.bmas.de

Kampagne „Behindern ist heilbar“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Die Bundesregierung hat eine Kampagne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gestartet. „Mit der Kampagne ‚Behindern ist heilbar‘ wollen wir Inklusion – das selbstverständliche Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung – ins Bewusstsein aller Menschen in Deutschland bringen“, erklärt die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen.